Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/309

25. 01. 95

Antrag

der Abgeordneten Ursula Schönberger, Dr. Helmut Lippelt, Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nichtbewilligung des EBRD-Kredites für den Weiterbau des Atomkraftwerks Mochovce/Slowakei

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den deutschen Direktor der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) anzuweisen, gegen die Bewilligung des Kredits für den Weiterbau von Mochovce zu stimmen.

Bonn, den 25. Januar 1995

Ursula Schönberger
Dr. Helmut Lippelt
Halo Saibold
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ist durch ihre Gründungscharta verpflichtet, „bei allen Aktivitäten eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung zu fördern". Auch der Maastrichter Vertrag der Europäischen Union fordert eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung.

Derzeit steht die Entscheidung über die Vergabe eines Kredits der EBRD in Höhe von 422 Mio. DM, zusätzlich zu der geplanten EURATOM-Anleihe von 366 Mio. DM, an die Slowakei an, mit denen der Weiterbau des AKW Mochovce finanziert werden soll. Dies führt zu einer vielfachen ökonomischen und ökologischen Belastung der Slowakei und erfüllt die o. a. Kriterien somit nicht.

Zudem ist die in Mochovce geplante Kombination eines alten sowjetischen Reaktortyps mit westlichen Steuerungssystemen ein waghalsiges Experiment, dessen Folgen tödlich sein können. In Greifswald wurde wohlweislich auf dieses Experiment verzichtet, das nun mit deutschem Geld und von deutschen Firmen in Osteuropa durchgeführt werden soll.

Das AKW Mochovce wird weder eine zweite Hülle haben noch ist es gegen Flugzeugabstürze geschützt, obwohl in zwei Kilometer Entfernung ein Militärflughafen in Betrieb ist. Kühlsystem und Feuerschutz sind ungenügend, die verwendeten Materialien größtenteils schlecht und überaltert. Außerdem steht das Kraftwerk in einer Erdbebenzone, ohne erdbebensicher zu sein. Die aktuellen Bilder aus Japan haben erneut sehr eindringlich die Frage nach Auswirkungen von Erdbeben auf Atomanlagen aufgeworfen. Eine vergleichbare Katastrophe in der Slowakei würde diese nicht nur ruinieren, sondern v. a. auch unbewohnbar machen.

Zudem wäre es zutiefst unverantwortlich, Atomtechnik in Zeiten heftiger Umbrüche zu exportieren, verwiesen sei etwa darauf, daß sich in unmittelbarer Nähe der Stadt Grosny ein Atommüll-Lager befindet oder auf die Drohung einer russischen Gruppe im Herbst 1994 mit einem Anschlag auf das litauische AKW Ignalina um die Freilassung eines Gefängnisinsassen zu erzwingen. In jeder vergleichbaren Auseinandersetzung kann ein Atomkraftwerk als „schlafende Atombombe" eingesetzt und benutzt werden.

Die nachhaltige Entwicklung einer umweltverträglichen Energieversorgung in der Slowakei wird mit den Krediten nicht gefördert, sondern verhindert. Mit wesentlich geringeren Mitteln könnten enorme Einsparpotentiale realisiert werden, ganz abgesehen davon, daß die Slowakei derzeit über erhebliche Überkapazitäten in der Stromproduktion verfügt. Fünf neue Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen wären immer noch billiger als der Fertigbau von Mochovce, der 1,3 Mrd. DM kosten soll, wobei in diesem Preis weder die Stillegungs- noch die Endlagerkosten miteinberechnet werden. Kompensiert werden soll die Kreditvergabe durch mindestens 25 % Stromlieferung in den Westen, auch in die Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, die Slowakei belastet sich mit Krediten in Milliardenhöhe um den Fertigbau eines AKW's zu ermöglichen, das sie zu einem erheblichen Teil dazu braucht, durch den Verkauf der produzierten Energie den Kredit zurückzuzahlen.

Die Bundesregierung kann den Neubau von Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung, die um die Gefahren der Atomenergienutzung weiß, nicht durchsetzen. Den Bau eines Atomkraftwerkes, das in Deutschland nicht einmal genehmigungsfähig wäre, in einem osteuropäischen Land mitzufinanzieren, um aus diesem Atomkraftwerk Strom zu beziehen, heißt, die Slowakei zu einer Atomstromkolonie zu machen und wird vom Deutschen Bundestag abgelehnt.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333